Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 571

Bezugspreis: [illegible] monatlich Mk. 7.—, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich Postbestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 21. Dezember

Anzeigenpreis: [illegible] mm-Zeile [illegible] Mk., Lok. [illegible] mm-breite mm-Zeile [illegible] Mk. Sonntags nach Tarif. Zweiseitiger Halle-Teil.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Vor der Entscheidung in Brüssel

Was wird aus Brüssel?

× Paris, 20. Dezember.

Die ministerielle Presse betont in ihren Besprechungen der Konferenz von Brüssel, daß die Alliierten dort geeinigter als je auftreten und jedenfalls ihr Programm durchsetzen werden. Man veröffentlicht noch einmal die Grundzüge der Instruktionen, welche die französischen Delegierten für Brüssel erhalten haben. Sie lauten folgendermaßen: Wir zwingen Deutschland nicht, in Goldmark zu bezahlen, wir verlangen nur das Mögliche. Deutschland soll in Gold oder in natura zahlen unter der Bedingung, daß es in Gold zahlt, sobald es kann. Wenn Deutschland nicht zahlt, hat Frankreich die Mittel an der Hand, Pfänder zu nehmen und sich selbst bezahlt zu machen. Diese Instruktionen stimmen mit den Erklärungen überein, welche Ministerpräsident Leygues am Freitag in der Kammer abgab und die ihm ein Vertrauensvotum des Parlaments einbrachten.

Die letzten Meldungen von der Brüsseler Konferenz besagen, daß für heute, Montag, die Entscheidung erwartet wird, nämlich ob die Konferenz fort gesetzt werden soll und reelle Resultate verspricht, oder ob sie als resultatlos wie die andern Konferenzen abgebrochen werden wird. Die am letzten Freitag durch das Parlament gemachten Vorschläge finden eine sachliche und fast günstige Beurteilung. Die genauen deutschen Angaben geben dem „Matin" Anlaß zu einer Kritik gegen die in Paris sitzende alliierte Wiederherstellungskommission. In Brüssel haben die deutschen Delegierten dargelegt, daß Deutschland bis jetzt schon für 40 Milliarden Goldmark in natura geleistet hat, während Deutschland bis zum 1. Mai 1921 nur 20 Milliarden Goldmark zu leisten hatte. Darauf soll ein französischer Sachverständiger in Brüssel erwidert haben, daß nach seiner Meinung die schon geleistete Bezahlung der Deutschen 3 Milliarden Goldmark nicht übersteige. Wenn man sich an die Pariser Wiederherstellungskommission wendet, um zu erfahren, wieviel Deutschland an Entschädigungen schon geleistet hat, so erfährt man, daß diese Kommission nicht weiß, was Deutschland schon bezahlt hat. Sie beschäftigt Hunderte von Beamten mit einem Jahresgehalt von 30 000 bis 400 000 Franken. Diese Einrichtung kommt so teuer zu stehen, daß der belgische Delegierte Delacroix nur ein Gehalt von 150 000 Franken annimmt und den Rest dem französischen Fiskus überläßt. Diese teure Kommission leistet alle nichts und hat nicht einmal Zahlen geliefert, die man in Brüssel der deutschen Behauptungen entgegenstellen könnte.

Die Beichte der deutschen Sachverständigen

Wie bereits gemeldet, waren die beiden ersten Sitzungen der Brüsseler Reparationskommission fast ganz durch eingehende Darlegungen des Staatssekretärs Schröder vom Reichsfinanzministerium und des Präsidenten der Deutschen Reichsbank Havenstein ausgefüllt.

Nach den Erklärungen von Schröder und Havenstein, über die wir bereits berichteten, sprach Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium v. Le Suire über die ungünstigen Wirkungen, die sich für das wirtschaftliche Leben Deutschlands aus der Tatsache ergeben, daß der Friedensvertrag nicht die wirtschaftliche gegenseitige Meistbegünstigung zur Grundlage habe. Deutschland könne nur existieren, wenn in seiner Handelsbilanz die Ausfuhr die Einfuhr übersteige. Um das zu erreichen, sei Deutschland gezwungen, seine Einfuhr auf ein möglichst niedriges Maß sowohl bezüglich der Menge als auch des Preises zu beschränken; weiterhin habe es den internen Verbrauch seiner eigenen Produktion herabzudrücken, um soviel wie möglich für den Export zu erübrigen, und Deutschland müsse auch eine strenge Kontrolle über sein Exportgeschäft ausüben, um für seine Ausfuhr den bestmöglichen Preis zu erzielen. Deutschland habe nun die Verpflichtung, den Alliierten Meistbegünstigung zu gewähren, aber es erfahre nicht dieselbe Meistbegünstigung seitens der Alliierten. Das Ergebnis davon sei, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sei, beim Abschluß von Handelsverträgen den Vertragsgegnern irgendwelche Vorteile zu bieten. Herr v. Le Suire betonte, daß der Vertrag selbst nach einer gewissen Reihe von Jahren eine Lockerung einiger dieser besonderen Schwierigkeiten zugunsten Deutschlands ins Auge fasse. Präsident Delacroix bat, die Wünsche der deutschen Delegation genauer zu präzisieren. Herr v. Le Suire entgegnete, wenn die Konferenz konkrete Anregungen bezüglich der Klauseln des Friedensvertrages über die Meistbegünstigung wünsche, so würden die deutschen Delegierten sie vorbereiten.

Dr. Melchior sprach über die Liquidation des deutschen Eigentums im Auslande und meinte, daß das zu den wichtigsten Punkten gehöre, die die Voraussetzung für die Fähigkeit Deutschlands zu Reparationsleistungen bilden. Nach dem ungeführen Ueberblick, den man bisher über den Wert dieses deutschen Eigentums habe, begifere es sich auf über neun Milliarden Goldmark nur für die auf der Konferenz vertretenen Länder. Die Einbehaltung dieser sämtlichen Werte würde, da die deutsche Regierung ihren Staatsangehörigen nach dem Friedensvertrag den Schaden, der durch die Einziehung entstehe, ersetzen müsse, für das Deutsche Reich eine Entschädigungspflicht von 90 Milliarden Papiermark bedeuten. Er hoffe nur, daß man schon auf dieser Konferenz einsehen werde, daß Deutschland zu keinen Reparationsleistungen größeren Umfanges fähig sein werde, wenn es diese Werte verliere. Er würde es schon für einen sehr bedeutenden Fortschritt halten, wenn die Alliierten zwei Grundsätze anerkennen würden: 1. Soweit derartige Maßnahmen noch nicht durchgeführt sind, sollen sie unterbleiben, und 2. soweit Güter sequestriert, aber noch nicht liquidiert sind, sind sie in natura, bei schon erfolgter Liquidation ist der erzielte Gegenwert zurückzugeben. Abgesehen von allgemeinen Gründen, die für diese Auffassung sprächen, wäre es gerade in der jetzigen Zeit sehr nützlich, meinte Dr. Melchior, wenn die alliierten Regierungen sich zu einem Schritt entschließen, der die Unverletzlichkeit des Privateigentums unterstreiche. Dr. Melchior kam dann weiter auf die Repressalienklausel, Paragraph 18, Anlage II zu Teil VIII des Friedensvertrages, zu sprechen und erklärte, daß es infolge dieses Paragraphen für Deutschland im internationalen Verkehr keine Sicherheit mehr gebe.

Bankdirektor v. Stauß gab dann einen Ueberblick über die Wirkung des im Friedensvertrage vorgesehenen Ausgleichsverfahrens auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands. Herr v. Stauß legte der Konferenz ein Diagramm vor, das den Niedergang des deutschen Markkurses im Vergleich mit anderen Währungen veranschaulicht und auch die starke Wirkung dieses Zusammenbruches auf die Währungen anderer Staaten zeigt. Schließlich gab Herr v. Stauß der Ansicht Ausdruck, daß es eine große Hilfe wäre, wenn die Alliierten eine Aenderung in der Höhe des Ausgleichsverfahrens herbeiführen würden, welche so willkürliche Ergebnisse, wie sie bisher erzielt worden seien, für die Zukunft ausschlösse.

Generaldirektor Cuno beschäftigte sich mit dem durch den Friedensvertrag verursachten Verlust der deutschen Handelsflotte. Die deutsche Regierung habe im November 1920 vorgeschlagen, die Auslieferung weiterer deutscher Handelsschiffe an die Reparationskommission möge eingestellt und das notwendige Minimum an Tonnage von den bereits abgelieferten Schiffen wieder zurückgegeben werden. Eine Antwort auf diese Anregung sei bisher nicht erfolgt, eine eigene Handelsflotte sei aber unbedingt notwendig für die Durchführung der Reparationsleistungen. Die Zurückerstattung eines Teiles seiner Flotte würde die Arbeitslosigkeit in der industriellen Arbeiterschaft erheblich vermindern. Auf solche Weise würde nicht nur dem Interesse Deutschlands gedient werden, sondern auch dem der Alliierten und schließlich auch der ganzen Welt.

Die Forderungen der Auslandsdeutschen

b. Berlin, 20. Dezember.

Der Bund der Auslandsdeutschen hielt gestern vormittag eine Protestversammlung im Zirkus Busch ab, die sich gegen die unzulängliche Entschädigung und gegen die übermäßige Besteuerung der Auslandsdeutschen richtete und zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete. Vor dem Eingang empfingen Schildträger den Besucher mit lautem Zuruf: „Hier Rußland! Hier Italien! Hier Amerika! Eintrittskarten!" Ebenso waren im Innern die Sitzreihen nach Ländern, Gegenden und besonders wichtigen Städten (Riga, Odessa) durch Tafeln bezeichnet. Einzelne Schilder trugen Inschriften wie: „Wir Auslandsdeutschen haben für das Reich alles geopfert", „Vertrieben von Haus und Hof, im Stich gelassen von der deutschen Regierung!"

Eine gewaltige Menschenmenge füllte den Riesenraum und wurde von dem Vorsitzenden Herrn Schallert herzlich willkommen geheißen. Er legte Zweck und Ziele der Versammlung dar und bat, jeden Parteistandpunkt gegenüber der gemeinsamen Sache zurücktreten zu lassen. Trotz dieser Mahnung verursachte eine durchaus „kapitalistisch" gekleidete temperamentvolle Kommunistin sofort eine Störung, weil sie sich von einer freien Aussprache und ihrem eigenen Redestuß mehr versprach als von der „regierungsabgesetzmpelten" Weisheit der von den Parteien entsandten parlamentarischen Vertreter. Infolge der entstandenen Unruhe hatte als erster Redner Abg. Bernstein (S. P. D.) große Mühe, sich durchzusetzen. Er hatte auch Pech. Auf seine etwas allgemeine Behauptung: „Zu unterstützen nach dem Bedürfnis, das ist der sozialistische Gedanke!" antworteten hinter der Tribüne die Söhnen des Zirkus Sarrasani und lärmende Zwischenrufe: „So brüllen wir auch in 2 Monaten!" Ein kräftiges „Zum Donnerwetter! Ruhe!" half ihm nicht viel. „Andere Wirtschaftsordnung! Keine Schieberregierung!" könnte es ihm entgegen. Aber schließlich gelang es ihm doch, seine Rede abzuschließen, zumal die Ordner Miene machten, einige Störenfriede an die Luft zu setzen.

Abg. Fleischer (Zentr.) sprach kurz und zündend und erntete stürmischen Beifall. Bemerkenswert war sein Zitat, das auch noch in der demokratischen Republik Geltung habe: „Ich kenne nur noch Deutsche!"

Abg. Dauch (D. Vp.), selbst Auslandsdeutscher betonte, daß sein Parteifreund Dr. Becker im Steuerausschuß die Sache der Auslandsdeutschen energisch verfolgt und daß Staatssekretär Moesle erklärt habe, seiner Ansicht nach sei hinsichtlich der Besteuerung der Auslandsdeutschen noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Nachdem Abg. Erkelenz (Dem.) erklärt hatte, daß seine Partei alles für die Auslandsdeutschen tun wolle, was bei dem Notstand unserer Finanzen verantwortet werden könne erhielt nach einmal ein Vertreter der Mehrheitssozialisten das Wort, der aber trotz gegenteiliger Beteuerungen eine reine Partei- und Hetzrede hielt. Da der U. S. P. D.-Vertreter Abg. Breitscheid am Erscheinen verhindert war, sprach als letzter Parlamentarier der deutschnationale Abgeordnete Wulle. Er erklärte, daß von ihm und seinen Freunden alles geschehe, um den Auslandsdeutschen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Das deutsche Volk habe manchen Verlust erlitten, aber keinen so empfindlichen wie den des Auslandsdeutschtums. Die Not dürfe nicht hindern, daß die Ansprüche der Auslandsdeutschen erfüllt werden. Sie kämpften um ihr gutes Recht, das ihnen zuteil werden solle.

Herr Bilabel verlas darauf eine

Entschließung,

in der die sofortige, restlose und volle Entschädigung der Auslandsdeutschen gefordert wird, dergestalt, daß sie imstande sind, sich wirklichen Ersatz zu beschaffen, und ihre Tätigkeit im Auslande wieder aufzunehmen.

Nach Annahme dieser Entschließung wurde die Versammlung trotz des Protestes einiger Kommunisten geschlossen, und die Teilnehmer ordneten sich im Lustgarten und zogen über die Linden und durch die Charlottenstraße weiter nach der inneren Stadt.

Eine Machtfrage

Seitdem in Widerspruch zur Wahrheit Herr Scheidemann den Rücktritt des Kaisers verkündet und die Republik ausgerufen hat, beherrscht kein Schlagwort des Erfurter Programms so sehr das öffentliche Leben wie das von der Sozialisierung. Ist die stärkste Partei im Reichstag auf irgendeinem Gebiete mit ihrem Latein zu Ende, wird mit tödlicher Sicherheit als Rettungsanker der alte Ladenhüter Sozialisierung hervorgekramt und dies übelste aller Schlagworte um so lauter in die Massen geschleudert, je unsicherer und unbehaglicher sich die Rufer selbst dabei fühlen. Denn das darf man ohne weiteres als Tatsache bezeichnen, daß eine große Zahl der Führer, der Gewerkschaften wie der sozialdemokratischen Parteien, allmählich zu der Ansicht gekommen ist, daß die Durchführung der Sozialisierung im allgemeinen wie der des Bergbaues im besonderen nicht ohne die schwersten Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens möglich wäre. Und diese Erkenntnis ist nicht erst neueren Datums. Wie wäre es sonst denkbar, daß sich die Sozialdemokraten, als sie noch in der Regierung saßen, den Triumph der Durchführung der Sozialisierung hätten entgehen lassen. Sie haben sich um die Verantwortung für diese und ähnliche Pläne herumgedrückt, wollten sie nicht übernehmen und möchten sie der jetzigen Regierung zuschieben und sie damit belasten, weil sie selbst fürchten, dies Eisen zu schmieden, an dem sie wie jede Regierung sich die Finger verbrennen muß. Die Masse aber, der man mit immer wachsender Hartnäckigkeit dies Schlagwort als Allheilmittel von allen Uebeln eingehämmert hat, läßt nicht davon, und die Führer mögen nun anstellen, was sie wollen, die Verantwortung dafür werden sie nicht los.

Vergebens haben sich die verschiedenen Sozialisierungsausschüsse bisher abgemüht, einen gangbaren Weg zu finden, auf dem man dieses Kunstprodukt einer annehmbaren Lösung zuführen könnte. Alle Anläufe dazu sind gescheitert, wobei es bemerkenswert ist, daß sich dabei nicht etwa Arbeiter und Arbeitgeber gegenüberstehen, sondern die verschiedenen Vorschläge Vertreter aus beiden Lagern als Anhänger zählen, ein Beweis, daß Verständnis für die Schwierigkeiten der Aufgabe auf beiden Seiten vorhanden ist, und daß vor allem diese Schwierigkeiten erkannt sind. Die große Masse will davon freilich nichts wissen, ihr hat man das Schlagwort Sozialisierung hingeworfen und es ihr überlassen, sich darunter vorzustellen, was ihr beliebt, und naturgemäß legt sie es sich so aus, daß sie selbst den größten, wenn nicht alleinigen Vorteil haben müsse, die „Kapitalisten" ein für alle Mal auszuschalten seien, mit oder ohne Entschädigung, am besten ohne eine solche. Daran denkt sie nicht, daß, von allem anderen abgesehen, bei einer sofortigen Sozialisierung, zunächst des Bergbaues, der ganze Bergbau in den Besitz der „Allgemeinheit", d. h. des Staates, übergänge, dieser größte Schatz Deutschlands also ohne weiteres dem Zugriff der Raubstaaten ausgesetzt wäre, die Arbeiter mitbin die letzten wären, die davon irgendeinen Vorteil hätten. Ueber diese und andere Zwirnsfaden stolpert die Masse natürlich nicht, sie will nicht mehr Worte, sie will Taten, die praktische Ausführung der ihr immer wieder als Zaubermittel aus allen Nöten verheißenen Sozialisierung. Das kommt neuerdings in einem Aufsatz der Deutschen Metallarbeiterzeitung über die Sozialisierung zum Ausdruck, der auf Grund des Vorschlages 1 der Sozialisierungskommission nicht nur die Sozialisierung des Bergbaues, sondern auch der mit ihm verbundenen Schwerindustrie verlangt und dazu ausführt:

„In paritätisch zusammengesetzten Kommissionen im Sinne der Arbeitsgemeinschaft, derartige weltumfassende Probleme zur Entscheidung zu bringen, ist vollständig absurd. Wenn nach Lassalle politische Verfassungsfragen Machtfragen sind, so sind Fragen zur Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise Machtfragen allerersten Ranges. Deshalb entscheidet nicht mehr oder weniger kluge Verhandlungstrategie, sondern der Aufmarsch und die Entwicklung realer Machtmittel.

Der Kampf gegen den Kapp-Putsch wurde geschlossen geführt. Wenn zum Sturze einer reaktionären Regierung der Machtapparat des Proletariats in Bewegung gesetzt wurde, warum soll er nicht auch zur Durchführung der Sozialisierung, als Einleitung des wirtschaftlichen Sozialismus in Anwendung gebracht werden? Wir richten an den Vorstand des A. D. G. B. an die sozialistischen Parteien und an die gewerkschaftliche Betriebszentrale das dringende Ersuchen, Aktionen in die Wege zu leiten, um die Sozialisierung aus den Beratungszimmern herauszunehmen und sie in den Betrieben und wenn nötig auf der Straße zur Entscheidung zu bringen. Unsere Kollegen in Stadt und Land werden ihre Hilfe nicht versagen. Kraut und Stunk!"

Da haben wir das Ergebnis der jahrelangen Agitation und Wühlerei mit dem öden inhaltslosen Schlagwort! Der Verfasser des Aufsatzes, der sicher nicht ein einfaches Mitglied

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192012211-13/fragment/page=0001

ist, sieht offenbar die Schwierigkeiten der Lage ein, weiß sich aber keinen anderen Rat mehr, als den Gordischen Knoten einfach durchzuhauen, mag werden, was will. Denn darauf läuft die Sache schließlich hinaus. Selbst der Vorwärts sieht sich genötigt zu bemerken, daß dieser Alarmruf mehr zu verderben als gut zu machen geeignet sei. Man könne wohl auf diese Weise einen Kapputsch zum Zusammenbruch bringen und eine Regierung stürzen, aber nicht eine völlig neue Wirtschaftsform einführen. Dazu seien Voraussetzungen nötig, die kein Generalstreik, kein noch so blutiger Terror gegen die bürgerliche Klasse schafte. Dabei entschlüpft dem „Vorwärts" ein bemerkenswertes Geständnis, wenn er weiter sagt, es sei nicht nötig, die Erregung weiter künstlich zu schüren, um so mehr, als bei den gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnissen der Ausgang eines solchen Kampfes völlig ungewiß sei. Die Beklemmungen des „Vorwärts" müssen sehr beängstigend sein, wenn er selbst zugibt, daß der ganze Sozialisierungsrummel eine künstliche Mache war und ist, und es ist ein Beweis für die Richtigkeit dessen, was wir oben gesagt haben. Der „Vorwärts" wird aber selbst nicht glauben, daß er damit die Ansichten derjenigen, die die wirtschaftliche Angelegenheit der Sozialisierung als eine „Machtfrage allerersten Ranges" betrachten, erschüttern oder sie gar von ihrem Irrtum überzeugen könnte. Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los! Daran sollte der Vorwärts in erster Linie denken, er ist einer der Hauptschuldigen, daß die große Masse dem Popanz der Sozialisierung nachsagt und nicht von ihm lassen will, sie hält sich frei von jeder Verantwortlichkeit, an dies bis zum Ueberdruß breitgetretene Schlagwort. Die Mehrzahl der Arbeiter läßt sich hierbei nur von rein materialistischen Beweggründen leiten, die ein bekannter sozialdemokratischer Bergarbeiterführer einmal kurz zusammenfaßte: „Der Bergmann versteht unter der Sozialisierung mehr Pinke." Wie das freilich gerade jetzt bei einer etwaigen Ausführung der Sozialisierung möglich sein sollte, ist ein Geheimnis, über das die Führer, die die Massen aufgestachelt und begehrlich gemacht haben, sich nicht äußern, wie sie es ja überhaupt ängstlich vermeiden, ihre Anhänger über diese Sache aufzuklären und ihnen zu zeigen, daß die Aufstellung dieser Forderung leichter ist als die Ausführung. Wenn sich die Führer dabei dahinter verschanzen, daß sie nur die Beauftragten der Masse und Vollstrecker ihres Willens seien, dann geben sie damit einen Grundgedanken der ganzen Gewerkschaftsbewegung preis und beweisen, daß sie nicht Führer, sondern Geführte sind, wobei noch erschwerend ist, daß sie die falsche Meinung, hinter der sie sich jetzt verschanzen, erst selbst erzeugt haben. Mitsprechen wird dabei sicherlich noch der Gedanke, daß die Forderung der Sozialisierung des Bergbaues für die bevorstehenden Wahlen eine zugkräftige Wahl- und Agitationsparole ist, die möglicherweise gleichzeitig in der Richtung der so heiß ersehnten Wiedervereinigung aller sozialistischen Richtungen wirkt.

Wie sollen sich nun die Allgemeinheit und die Regierungen bei dieser Sachlage verhalten? Es ist selbstverständlich, daß für die Beurteilung dieser rein wirtschaftlichen Frage allein wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sein können. Wird der Beweis erbracht, was bisher nicht der Fall ist, daß die Sozialisierung uns tatsächlich mehr und billigere Kohle zu verschaffen vermag, dann wird man an die Durchführung herangehen müssen, aber auch nur unter dieser Voraussetzung. Kann dieser Beweis nicht einwandfrei erbracht werden, dann muß sie unterbleiben, das Parteiinteresse darf unter keinen Umständen den Ausschlag geben. Das ist unseres Erachtens so klar, daß sich ihm niemand entziehen kann, wenn er sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, daß sein Tun und Treiben von anderen als sachlichen Gründen veranlaßt wird, auf die niemand Rücksicht nehmen kann und darf. Der Schrei nach der Diktatur der Straße beweist, daß den Wortführern der Sozialisierung die sachlichen Gründe fehlen, und daß sie sie durch rohe Gewalt ersetzen wollen.

Die Ententenoten

w. Berlin, 20. Dezember.

Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat heute vormittag in Anwesenheit des Reichskanzlers und des Ministers des Auswärtigen im früheren Reichsamt des Innern zusammen. Der Ausschuß beschäftigte sich mit den in letzter Zeit Deutschland überreichten Noten sowie mit der Brüsseler Konferenz. Die Verhandlungen sind streng vertraulich.

Der Raub der deutschen Eisenbahnen

b. Prag, 18. Dezember.

In der Nacht auf heute wurde das Gesetz über die staatliche Betriebsübernahme der Privatbahnen trotz der Obstruktion der Deutschen und nach der Ausschließung von 5 deutschen Abgeordneten von den Tschechen angenommen. Da das Gesetz, das dem Staat die Möglichkeit geben wird, auf der Busch-Tetrahder und der Aussig-Teplitzer Eisenbahn, die zum größten Teil rein deutsches Gebiet durchziehen, die deutschen Beamten zu entfernen und sie durch tschechische zu ersetzen, so daß die Tschechisierung der deutschen Gebiete weitere Fortschritte machen wird, haben die deutschen Abgeordneten heute ihren Exodus aus der Abgeordnetenkammer vollzogen. Sie wenden sich nun an das deutsche Volk der Sudetenländer mit einem Aufruf, in dem es heißt, daß dieses Gesetz für die Tschechen nur eine neue Handhabe biete, ihr Programm, nämlich die Eroberung des deutschen Sprachgebietes, durchzusetzen. Der Aufruf schließt mit den Worten: Wir täuschen uns keinen Augenblick darin, daß die Verhältnisse dieses Staates nicht zu bessern sind. Ihre tiefste Ursache liegt aber in der Schmach von Paris, durch die wir um unser Selbstbestimmungsrecht betrogen worden sind. Nichts aber darf uns hindern, das Ziel unserer Politik auch künftig zu ersehen. Wir werden dieses Ziel erreichen, wenn jeder bereit ist, trotz aller Unbill nicht nachzugeben. Das Schicksal unseres Volkes wird nicht im Prager Parlament entschieden werden. Daß es sich erfüllt, wird auch der tschechische Staat nicht hindern, wenn wir uns und unserer geschichtlichen Sendung treu bleiben.

Lösung der Pfarrerbesoldungsfrage in Preußen

Durch das in der Preußischen Landesversammlung vom 17. Dezember mit großer Mehrheit angenommene Staatsgesetz betreffend die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Aufbesserung des Diensteinkommens der Geistlichen sind die evangelischen Landeskirchen nunmehr in die Lage versetzt, mit Hilfe staatlicher Vorschüsse ihren Geistlichen, Aufstandsgeistlichen, Pfarrerwitwen- und -waisen auch die Ausgleichszuschläge entsprechend den tatsächlichen Grundsätzen mit Wirkung vom 1. April 1920 zu gewähren. Außerdem kann jetzt seitens der Kirche auch die dringend erwünschte Gleichstellung zwischen Alt- und Neupensionären durchgeführt werden. Sämtliche Maßnahmen haben allerdings die schärfste Ausnutzung und Anspannung der eigenen Leistungsfähigkeit der Landeskirche, ihrer Kirchengemeinden und Pfarrstellen nach wie vor zur Voraussetzung. Wie der „Evangelische Presseдienst" hört, wird die Festsetzung und Zahlbarmachung der hierrach wesentlich erhöhten Zuschüsse, durch die die dienstlichen Bezüge des Pfarrerstandes endlich auf die volle, der Versorgung der Staatsbeamten nach Gruppe 10 entsprechende Höhe gebracht werden, bereits mit größter Beschleunigung vorbereitet. Da die auszugzahlenden Mehrbeträge den Zeitraum des ganzen Rechnungsjahres 1920 zu umfassen haben, so werden dadurch dem Pfarrerstande in den ersten Monaten des Jahres 1921 unter Umständen recht beträchtliche Barmittel zufließen, die vielen eine erwünschte Gelegenheit zur Gesundung ihrer durch ihre bisherige Notlage aus dem Geleise geratenen wirtschaftlichen Verhältnisse bieten dürften. Da indessen dies Wirksamwerden der verschiedenen Zahlungen naturgemäß doch längere Zeit erfordern wird, so hat der Evangelische Oberkirchenrat schon am 6. Dezember Vorsorge getroffen, daß dem Pfarrerstande wenigstens die im Januar fällig werdenden bisherigen Bezüge aus den landeskirchlichen Kassen bereits im Dezember ausbezahlt werden.

Besonders erfreulich erscheint an diesem wirksamen Eintreten der Preußischen Landesversammlung für die Lebensbedürfnisse des Pfarrerstandes der Umstand, daß sich dabei Mitglieder aller politischen Richtungen von den Mehrheitssozialdemokraten bis zur äußersten Rechten zusammengefunden haben.

Poincarés „Rechtfertigung"

* Paris, 20. Dezember.

Poincaré antwortet heute im „Matin" ausführlich auf die Beschuldigungen der französischen Sozialisten, die ihm einen Teil der Schuld am Kriege zuschieben. Er erklärt zunächst, daß die Gerüchte von einem am 30. Juli 1914 unternommenen Vermittlungsversuch des schweizerischen Gesandten in Paris, der den Kriegsausbruch angeblich verhütet hätte, wenn der Quai d'Orsay darauf eingegangen wäre, nicht den Tatsachen entspreche. Der schweizerische Gesandte Lardy habe weder am 30. noch am 31. Juli einen Schritt am Quai d'Orsay unternommen. Er sei am 1. August gekommen, um zu bestätigen, daß der österreichisch-ungarische Botschafter in Paris, Graf Szecsen, die persönliche Auffassung habe, der Krieg könne verhütet werden, falls Serbien die Wiener Regierung um Mitteilungen ihrer Bedingungen ersuche. Der Botschafter habe dem Generalsekretär des französischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten Bertheloit selbst am Abend des 31. Juli nach 11 Uhr eine Mitteilung dieser Art gemacht, die er als persönliche Aeußerung zu betrachten hat. Bertheloit habe geantwortet, er fürchte, daß es nach dem Bombardement der serbischen Hauptstadt vom 29. Juli zu spät sei, habe aber noch in der Nacht über den Besuch des Grafen Szecsen telegraphisch nach Petersburg, Wien und Rom berichtet. Die Wiener Regierung sei auf die Anregung ihres Botschafters nicht eingegangen.

Poincaré erzählt in diesem Zusammenhange, daß Ministerpräsident Viviani dem deutschen Botschafter auf die Frage, welche Haltung Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Konfliktes einnehmen würde, am Morgen des 1. August nach Verfassung der Mobilmachungsordre, die unsere deutschen Botschafter in Petersburg, Louis, im Februar 1919 durch Defassé erfahren haben, um besser den Krieg vorbereiten zu können) zu den anderen Gerüchten, die unter den selbstgeschaffenen Kriegsgreueln sehr gelitten haben und die jetzt, getäuscht oder schlecht unterrichtet, die Verantwortung an falscher Stelle suchen. Poincaré versichert seinen Angreifer, der an der Front verwundet wurde, aufrichtiger Hochachtung wegen seiner Haltung im Felde und erkennt an, daß er (de Tourd) seine Vorwürfe gewissenhaft in der Form von Vermutungen halte und ein großes Fragezeichen hinzusetze. Seine Broschüre beweise aber doch nur, daß man durch Aneinanderreihung von Zeitungsausschnitten die Geschichte bis zur Unkenntnis entstellen könne.

Kommunistische „Aufklärung"

Unter der Ueberschrift „Die Schuld der deutschen Kriegsverbrecher" schreibt das „Volksblatt":

„Es ist allgemein bekannt, wie die deutschen Generale in Belgien und Nordfrankreich planmäßige Zerstörungen der Industrieanlagen vornehmen ließen, um ihr Teil dazu beizutragen, die den deutschen Kapitalisten lästige Konkurrenz des Auslandes auszuschalten. Ferner sollte jeder Arbeiter wissen, daß der Versailler Vertrag von Deutschland restlose Entschädigung für alle Werke verlangt, die in den während des Krieges okkupierten Gebieten vernichtet wurden. Wer in Wirklichkeit diese Summen aufbringen muß, ist dem kommunistischen Proletariat gewiß kein Geheimnis. Damit aber jeder die Möglichkeit hat, mit Zahlen aufzuwarten, wenn die Rede auf die beispiellose Schuld der deutschen Kriegsverbrecher kommt, wollen wir die Meldung einer Brüsseler Zeitung, der „Libre Belgique" wiedergeben, wonach Deutschland bis zum 30. November 1920 Rückerstattungen im Betrage von 4 625 750 000 Frank an Belgien gemacht hat. Die Gesamtforderungen, die Belgien gegenüber Deutschland erhebt, belaufen sich auf 20 Milliarden."

Wer es noch nicht gewußt hat, der weiß es jetzt, unser ärgster Feind sitzt in unserem eigenen Lande. Durch derartige schändliche Lügen — planmäßige Zerstörung der Industrieanlagen, um lästige Konkurrenten auszuschalten — arbeiten die Kommunisten der Entente in die Hand und die Entente freut sich darüber und nützt es aus, obwohl sie weiß, daß es Lügen sind. Es ist eine Schmach, daß derartige Gesellen unser deutsches Vaterland ungestraft in den Schmutz ziehen dürfen, und dann schreien sie noch über die zu zahlenden Summen, die sie ganz gewiß nicht aufbringen.

XX

Auch die K. A. P. D. gehört zur 3. Internationale. Die Kommunistische Arbeiterpartei, die Konkurrenz der Kommunistischen Partei, ist, wie die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung" meldet, am 5. Dezember von der 3. Internationale „als sympathisierende Partei" anerkannt worden. Sie wird von jetzt ab einen beständigen Vertreter mit beratender Stimme in der Exekutive der 3. Internationale haben. — Die Anerkennung der K. A. P. D. sei erfolgt mit überwältigender Stimmenmehrheit der Gesamtexekutive. Abgelehnt wurde sie nur von den in beiden entscheidenden Sitzungen freilich nicht vertretenen Neukommunisten und Spartakus. Sie sei erfolgt „trotz der Erklärung der K. A. P.-Delegierten, daß die Partei auf keinen Fall ihr Programm aufgeben werde, insbesondere nicht in der Frage der Gewerkschaften, der Allgemeinen Arbeiter-Union und des Parlamentarismus".

Bisher taten die K. A. P. D.-Leute so, als seien sie gegen ein Diktat von Rußland her, als könne man deutsche revolutionäre Fragen nur in Deutschland beurteilen, nicht aber vom Ausland her beeinflussen lassen. Durch die Aufnahme der K. A. P. D. dürfte sich Moskau den genügenden Einfluß auf diese kleine, vielfach aus Eigenbrödlern zusammengesetzte Gruppe gesichert haben.

Die Erbin von Lohberg

26] Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem.

(Nachdruck verboten.)

Lautlos, da beide Herren keine Schuhe anhatten, stiegen sie die Treppe hinauf und wandten sich zu der, wie schon erwähnt, durch eine Glastür abgeschlossenen Wohnung des letzten Grafen von Lohberg, die sie wirklich offen, das heißt aufgeklinkt und nur angelehnt vorfanden, — an sich schon ein Beweis, daß jemand drin sein mußte; aber mehr noch: durch den Spalt der Tür, welche in das Arbeitszimmer des alten Herrn führte, drang ein schwacher Lichtstrahl.

„Gehört hat uns der da drinnen nicht, sonst hätte er's finster gemacht", flüsterte Windmüller. „Also versuchen wir, ob die Tür abgesperrt ist. Wenn ja, dann rasch zum nächsten Eingang, ich nehme den Vorritt."

Damit hatte er auch schon die Hand auf der Klinke, öffnete, in der Rechten den Revolver, ohne Widerstand zu finden, die Tür und trat im nächsten Augenblick auch schon im Bewußtsein seiner mangelhaften Toilette zurück und dem Gesandten auf den Fuß; denn in der vollen Helle einer elektrischen Tischlampe saß Gräfin Leonore vor dem in allen Fächern und Schubkästen geöffneten Schreibtisch ihres Großvaters und las einen Brief aus einem Pack, der mit gelöster Verschnürung vor ihr lag.

„Wer ist da?" fuhr sie bei dem unerwarteten Erscheinen ihres leicht bekleideten und bewaffneten Gastes auf, indem sie die Hand auf das Blatt vor ihr legte.

„Leonore, du"? rief der Gesandte vortretend, indem er seinen Schlafrock instinktiv enger um sich zog. „Wir hörten in der Stille der Nacht Geräusche hier oben und kamen, die vermuteten Diebe oder Einbrecher zu ertappen."

„Welche Idee!" sagte sie, mit erstauntem Blick auf die beiden grotesken Figuren, denen es natürlich nicht eingefallen war, ihre reichlich verworrenen Haare vor ihrer Expedition zu den gewohnten, sorgfältigen Scheiteln zu ordnen. „Ich wußte gar nicht, daß man mich unten hören konnte, sonst hätte ich mich mehr in acht genommen. Du siehst, Onkel Bernhard, daß ich damit beschäftigt bin, den Inhalt dieses Schreibtisches durchzusehen."

„Nun ja, liebe Leonore, das ist dein gutes Recht", erwiderte der Gesandte. „Aber weißt du denn auch, wie spät es schon ist? Ein Uhr längst vorbei!"

„Wirklich?" sagte sie eistaunt und ruhig sitzen bleibend. „Wie doch die Zeit schnell vergeht!"

„Gewiß, besonders wenn man Papiere durchsieht", versetzte der Gesandte trocken. „Wäre es indes für deine Gesundheit nicht besser, dieses Geschäft lieber bei Tage vorzunehmen?"

„Oh, bei Tage wird man immer gestört", war die kühle Antwort. „Ich bin überdies gleich fertig. Ich bitte dich und den Herrn Professor, sich durch mich nicht weiter stören zu lassen, und danke Ihnen vielmals für Ihre Wachsamkeit und gute Absicht. Gute Nacht, meine Herren!"

Das war ja nun deutlich; ohne den Wunsch zu erwidern, machte der Gesandte kehrt, schloß die Tür hinter sich und ging, gefolgt von Windmüller, schweigend die Treppe herab. Da aber blieb er stehen.

„Schade, daß meine Frau uns zwei Diebsfänger nicht photographieren kann", sagte er mit grimmigem Lachen. „Nicht unseres Aufzuges, sondern unserer Gesichter wegen. Sind Sie schon einmal so hübsch deutlich zu Bett geschickt, beziehungsweise an die Luft gesetzt worden, wie ich eben?"

„Es lag viel Aplomb und Endgültigkeit in der Handlung", bestätigte Windmüller. „Woraus ich schließen möchte, daß die Lektüre recht interessant sein muß. Vergilbte Briefe, soviel ich sehen konnte, mit einer großen, steilen Handschrift. Ja, solch alte Briefe sind oft weit fesselnder, als frische. Ich bedauere die gestörte Nachtruhe nicht."

„Mein lieber Windmüller —"

„Sicherlich, Exzellenz! Ein Porträt wird bekanntlich nicht mit einem Pinselstrich gemalt, sondern durch viele, und durch viele kleine Züge kann man erst sich ein richtiges Bild von einer Person und ihrem Charakter machen. Ich finde, daß Gräfin Leonore eben einen Ton angeschlagen hat, der zu dem von mir bisher gehörten in einem scharfen Gegensatz steht. Vielleicht wäre der Schlüssel dazu in den vergilbten Briefen zu finden, auf die sie ihre Hand mit der Pose einer Berufung auf die Magna Charta gelegt hatte."

„In der Tat? Nun ja, Sie standen als ein aufmerksamer Zuschauer dabei, während ich mich einfach ärgerte, daß meine Nichte ausgerechnet die Nacht zu ihrer Durchsuchung des Schreibtisches gewählt hat. Es würde sie bei Tag kein Mensch stören; überdies brauchte sie sich ja nur einzuschließen", brummte Grünholz schlechtlaunig und zog sich in seine Gemächer zurück.

Auch Windmüller ging wieder zu Bett, aber er blieb noch lange wach, bis er wieder über sich das Schließen der Tür hörte, worauf er noch einmal Licht machte und auf seiner Uhr feststellte, daß über eine Stunde darüber vergangen war.

„Die vormundschaftliche und väterliche Ermahnung über die Schädlichkeit der Nachtarbeit hat also keinen Eindruck gemacht und die Erbin von Lohberg durchaus nicht von ihren Forschungen abgehalten", dachte er. „Nun habe ich schon zwei Dinge, auf die ich neugierig bin: auf den Inhalt der Magna Charta und auf die Briefe an die kleine Fritz Volkwitz. Man wird mit dem herzigen Mädel eine dicke Freundschaft schließen müssen."

Zu dem letzteren fand sich eher die Gelegenheit, als er vermutet hätte. Er war nämlich ein Frühaufsteher, für arbeitende Menschen nicht nur eine löbliche, sondern auch notwendige Angewohnheit, und darum war er, trotzdem er sich hier nicht nötig gehabt hätte, auf und schon draußen, als die Dienerschaft eben erst anfing, die Halle zu fegen. Er erfuhr beim Durchschreiten dieses monumentalen Raumes durch eine Frage, daß das Frühstück für die Herrschaft nicht vor halb neun Uhr im kleinen Speisesaal aufgetragen würde, und da es bis dahin noch fast zwei Stunden waren, so beschloß er, diese Zeit zu einem Spaziergang zu benutzen, wozu der herrliche, warme und doch taufrische Morgen verlockend genug einlud.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192012211-13/fragment/page=0002

Sitzung der Stadtverordneten

Stadtv.-Vorsteher Keil eröffnet die Sitzung um 4½ Uhr und gibt zunächst die eingelaufenen Eingänge bekannt, die den anhängigen Ausschüssen überwiesen werden. Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Punkt, Haushaltsplan der Brumhard-Stiftung für 1921, widerspruchslos erledigt wird.

Wieder einmal die Wohnungsnot.

Der Magistrat hat beantragt, die Räume im Gebauerschwetschkeschen Grundstücke, Gr. Märkerstraße 10, zu mieten und darin die Schul- und Fortbildungsschulbaracken zu verlegen. Deren bisherige Diensträume sollen für Wohnungszwecke frei gemacht werden. Die hierzu benötigten Mittel in Höhe von insgesamt 80 500 Mark sollen aus Titel XXIV, 14 des Kämmereihaushalts entnommen werden.

Die Vorlage gibt einerseits dem Stadtv. Müller (Mehrheitsog.) Veranlassung, Räumlichkeiten für die Jugendbewegung zu fordern, und vor allem dem Stadtv. Mendorf (Komm.), von den Maßnahmen des Wohnungsamtes schärfste Kritik zu üben. Er sagt, daß das Gebauersche Grundstück, das 12 Wohnungen umfaßt, seit 6 Jahren unbewohnt gewesen ist. Auch die Räumen sollten zu Wohnungszwecken zugänglich gemacht werden. Es sollte der Magistrat die Einführung einer Wohnungszwangswirtschaft erwägen. Redner fordert zum Schluß vom Wohnungsamt energisches Vorgehen den Großwohnungsinhabern gegenüber.

Stadtrat Fischer erwidert hierauf, daß seitens mancher Hausbesitzer dem Wohnungsamte Schwierigkeiten bereitet, daß man aber von diesem Zwangsmaßnahmen ergreifen werde. Im allgemeinen wird in Halle der Grundsatz, daß jeder Person nur ein Zimmer zusteht, durchgeführt. Was die Verwendung der Kasernen zu Wohnungszwecken anbelangt, so ist in dieser Frage ein Magistratsmitglied in Berlin vorstellig geworden, weil er mit von den Militärbehörden immer der Bescheid gekommen ist, daß die Kasernen voll belegt sind. Im übrigen muß man die Weiseisungs- und Wohnungsamt für ihre Tätigkeit Anerkennung zollen. Es gibt wohl kaum eine Stadt in Deutschland, die so energisch zugefaßt wird wie in Halle. Die Errichtung von Neubauten kann die Wohnungsnot am besten lösen.

Stadtv. Kürbs (U. S. P.) ergänzt die Ausführungen des Stadtv. Mendorf und regt an, zur Behebung der Wohnungsnot in Halle Baumaterial zu beschaffen und die Ausführung von Neubauten in eigener Regie zu veranlassen. — Auf die Vorhaltungen des Stadtv. Müller (Mehrheitsog.), ob sich das Gebauersche Grundstück nicht zu Wohnräumen verwenden läßt, erklärt Stadtrat Veltshusen, daß eine andere Verfügung über die Räume als die vom Magistrat vorgeschlagene zurzeit nicht durchführbar ist. — Stadtv. Valte (Dem.) führt aus, daß die Wohnungsamt zur Linderung der Wohnungsnot die schärfsten Zwangsmaßnahmen ergriffen werden. Die Wohnungsnot ist auf die zahlreichen Kriegstrauungen zurückzuführen. Vielleicht gelingen sich durch freiwillige Geldspenden Neubauten ermöglichen.

Stadtv. Kürbs (U. S. P.) kommt nochmals ausführlich auf den Magistratsantrag zu sprechen und erklärt u. a., daß der Firma Steuer-Schwetschke ihre Angestellten beeinflußt habe, wahrheitswidrig zu erklären, daß die freiwerdenden Räume als Lagerräume dienen. — Stadtv. Mendorf (Komm.) betont, daß seine Ausführungen seine Angriffe gegen das Wohnungsamt bedeuten, sondern lediglich den Zweck verfolgen sollten, bestehende Mißstände zu beseitigen. — Stadtv. Wolf (U. S. P.) fordert die Errichtung von großen Wohnhäusern, die der Wohnungsnot mehr Rechnung tragen könnten als die Kleinwohnungen. (Früher schimpften die Sozialisten allerdings immer auf die Mietskasernen der armen Proletarier!)

Nachdem in der Angelegenheit von der Linken das Hausen des Wortes verschiedentlich das Wort ergriffen worden ist, wird die Debatte noch 1½stündiger Dauer geschlossen. Die Abstimmung ergibt Bewilligung der angeforderten 80 500 Mk. für Einrichtung der zu mietenden Räume. Die vom Magistrat beantragten 1000 Mk. zur Errichtung eines Schuppens werden abgelehnt.

Die Vorlage betr. Landverkauf an der Hafenstraße wird nochmals an den Grundeigentumsausschuß verwiesen.

Der vom Magistrat im Einklang mit den städtischen Arbeitnehmern beschlossene Beitritt zum Arbeitgeberverband Sachsen-Anhalt wird nach längerer Debatte mit 30 gegen 28 Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt.

Die Vorlage des Magistrats betr. Ausbau von zwei Kleinwohnungen im Grundstück Reilstraße 35 wird an den Kleinwohnungs-Ausschuß zurückverwiesen. Dagegen wird beschlossen, von der Immobilien-Erwerbs- und Verwertungsgesellschaft m. b. H. den Bodenraum in deren Grundstück Wilhelmstraße 16 zu dem jährlichen Mietspreise von 300 M. zu mieten und diesen Raum zu zwei Kleinwohnungen auszubauen. Der Kostenaufwand hierfür beträgt 17 000 M. Es soll direkte Weitervermietung der Wohnungen erfolgen. Ferner beschließt die Versammlung, für den Ausbau des Dachgeschosses und des fotographischen Ateliers im Grundstücke Streiberstraße 27 zu Kleinwohnungen dem Besitzer einen städtischen Baukostenzuschuß in Höhe von 14 000 M. unter den aus den vorgelegten Vorlagen ersichtlichen Bedingungen zu gewähren.

Erhöhung der Stadttheater-Preise.

Die Magistratsvorlage auf Erhöhung der Gehälter des Bureaupersonals, der Orchester- und der Solomitglieder am hiesigen Stadttheater, die einen Mehraufwand von insgesamt etwa 24 000 M. monatlich erfordert, wird einstimmig angenommen.

Es soll angestrebt werden, diese Mehrausgaben durch Erhöhung der Eintrittspreise möglichst zu decken. Dazu bedarf es aber einer beweglichen Gestaltung der Eintrittspreise, um von Fall zu Fall entsprechend richtigen zu können, was dem Theater-Publikum an Preisen zugemutet werden kann, um einerseits den Theaterbesuch möglichst stark zu erhalten, andererseits aber die Preise den Geldverhältnissen entsprechend festzusetzen. Demgemäß wird es für zweckmäßig gehalten, daß der Magistrat bevollmächtigt werde, durch das Organ der Theater-Deputation jeweils die Preise festzusetzen. Die Versammlung erteilt hierzu ihre Zustimmung.

Dem Landaustausch an der Dessauer Straße zwischen dem Magistrat und dem Reichsfiskus stimmte die Versammlung zu, ebenso der Aenderung des Vertrages vom Februar 1918 betreffend Ausbau der Röpziger Straße zwischen Ludwig- und Wörmlitzer Straße, der zwischen dem Magistrat und dem Baumeister Kuhnt abgeschlossen ist.

Die im Haushaltsplan 1919 verfügbaren 17 700 M. für die Instandsetzungskosten der mit Militär belegt gewesenen Johannisschule sollen zum Fensteranstrich dieser Schule verwendet werden. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu.

Erwerb der Unterburg Giebichenstein.

Der Magistrat beantragt,

1. zuzustimmen, daß die Uebergabe der Unterburg Giebichenstein von den Vagenstiftschen Erben mit der vereinbarten 3monatigen Frist unverzüglich verlangt und der bei der Uebergabe zu zahlende Kaufpreis von 320 000 Mark einer Anleihe entnommen werde, die möglichst wie 1. 8. zur Erlangung der Mittel für die bereits übernommenen und bezahlten Teile der Burg bei der städtischen Sparkasse aufzunehmen ist.
2. die Mittel zur baulichen Veränderung des Herrenhauses in Höhe von 55 000 Mk. aus Kap. XXIV, 14 zu bewilligen.

Die Uebernahme der übrigen Baulichkeiten der Unterburg, vor allem des Herrenhauses ist erforderlich, um in ihnen eine Erweiterung der Kunstgewerbe-Abteilung durch Schaffung neuer Unterrichtsklassen und Werkstätten für die Handwerker- und Kunstgewerbeschule vorzunehmen.

Frl. Stadtv. Lange (Dem.) spricht gegen die Vorlage, da hier der Magistrat mit schlechtem Beispiel vorangeht, indem er Wohnungen zu anderen Zwecken einrichten läßt. Demgegenüber betont Stadtrat Fischer, daß die Herrichtung der Räume zur Erweiterung der Kunstgewerbe-Abteilung doch lediglich wirtschaftlichen und sozialen Zwecken dienen soll. Die Vorlage des Magistrats wird mit großer Mehrheit angenommen.

Für Ergänzungsbauten in der Kläranlage auf dem Tafelwerder wird der bewilligte Kredit in Höhe von 80 000 Mark um 34 500 Mark aus den Mitteln der Anleihe von 1920 verstärkt.

Der Errichtung zweier Spülklosetts und einer Waschküche auf der Unterburg Giebichenstein, die einen Kostenaufwand von 9600 Mark verursachen, wird zugestimmt.

Die Magistratsvorlage, den Kuppelsaal in der Moritzburg für Ausstellungszwecke herzurichten und die Gemäldegalerie in ihm unterzubringen, ferner die bisherigen Räume der Gemäldegalerie für die Friedhofsverwaltung einzurichten, die Räume der Friedhofsverwaltung dem Wohnungsamt zuzuteilen, wird angenommen. Die hierzu erforderlichen Kosten von 635 000 Mark werden bewilligt.

Die Festsetzung der Gemeinde-Einkommensteuer

Ueber den vom Magistrat der Versammlung vorgelegten Entwurf einer Neuregelung der Gemeinde-Einkommensteuer entspinnt sich eine längere Debatte.

Stadtv. Dürrfeld (Wahrheitsfog.) lehnt die Vorlage ab und stellt verschiedene Abänderungsanträge, desgleichen Stadtv. Günther (Kom.) und Stadtv. Gelbhaar (U. S. P.). Diese beantragen, das Einkommen bis zu 20 000 bzw. 15 000 Mark bei der Besteuerung außer Betracht zu lassen.

Bürgermeister Sendel betont dem gegenüber, daß die Vorlage aus der mißlichen Finanzlage der Stadt Halle geboren sei. Wir müssen mit allen Mitteln dahin streben, daß die Stadt nicht wirtschaftlich zugrunde geht. Ein großer Teil der Stadtverordneten hat ja bereits die 7 Millionen bewilligt. Die Herren der Linken sind sich jedenfalls über die Folgen ihres ablehnenden Standpunktes nicht klar. Wir haben bereits jetzt mit Etatsüberschreitungen in Höhe von 3½ Millionen Mark zu rechnen. Die Ablehnung der Vorlage führt zu einer Katastrophe und zu dem Endergebnis, daß die Stadt eines Tages die Gehälter und Löhne nicht mehr aufbringen kann. Die Steuer ist wohl hart, sie ist aber nicht zu umgehen. Es wird zwar die Einführung verschiedener direkter Steuern geplant, doch werden die aus ihnen erwarteten Erträge für die Gesundung unserer Finanzen nicht wesentlich ins Gewicht fallen. Bei Ablehnung der Vorlage muß ich die Verantwortung für eine Weiterführung der städtischen Finanzgeschäfte in Zukunft ablehnen.

Es sprechen noch Stadtv. Osterburg (Komm.), Albrecht (U. S. P.) gegen, Stadtv. Minner (Dem.) für Annahme der Vorlage. Alles in allem sind vier Abänderungsanträge eingereicht worden.

Die Abstimmung ergibt schließlich Annahme der Magistratsvorlage gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten in folgender Fassung:

§ 1. Der nach § 20 des Einkommensteuergesetzes reichssteuerfreie Einkommensteil der natürlichen Personen unterliegt der Gemeindeeinkommensteuer. Der Gemeindeeinkommensteuer sind diejenigen Personen unterworfen, welche in der Stadt Halle einen Wohnsitz haben oder sich innerhalb eines Steuerjahres länger als drei Monate aufhalten. Bei mehrfachem Wohnsitz oder Aufenthalt im Laufe eines Steuerjahres wird nur ein der Dauer des Aufenthalts entsprechender Anteil der Gemeindeeinkommensteuer erhoben.

§ 2. Gemeindesteuerfrei sind: I. Einkommensteuerpflichtige, deren steuerbares Einkommen im Sinne der §§ 4 bis 18 des Einkommensteuergesetzes

a) sofern der Veranlagung für das Steuerjahr 1920 die im Wirtschafts- oder Kalenderjahr 1920 bezogenen Einkommen gemäß § 58 Absatz 1 Einkommensteuergesetzes zugrunde gelegt werden:
   1. 10 000 Mark nicht übersteigt;
   2. mehr als 6000 Mark, aber nicht mehr als 8000 Mark beträgt, sofern zu seiner Haushaltung minderjährige Kinder zählen, die kein steuerpflichtiges Arbeitseinkommen haben;
   3. mehr als 8000 Mark, aber nicht mehr als ein minderjähriges Kind zählt, das kein steuerpflichtiges Arbeitseinkommen hat;
   4. mehr als 10 000 Mark, aber nicht mehr als 12 000 Mark beträgt, sofern zu seiner Haushaltung mehr als zwei minderjährige Kinder zählen, die kein steuerpflichtiges Arbeitseinkommen haben;
   5. mehr als 12 000 Mark, aber nicht mehr als 14 000 Mark beträgt, sofern zu seiner Haushaltung mehr als drei minderjährige Kinder zählen, die kein steuerpflichtiges Arbeitseinkommen haben,

   jedoch mit der Maßgabe, daß die gemäß den Ziffern 2—5 gewährte Steuerfreiheit ohne Rücksicht auf die Zahl der zur Haushaltung zählenden Kinder fortfällt, wenn das gesamte steuerbare Einkommen des Steuerpflichtigen und der zu seiner Haushaltung zählenden Personen (Ehefrau, Kinder) zusammen 18 000 Mark übersteigt;

b) sofern die Veranlagung für das Steuerjahr 1920 nach den Einkommen im Wirtschafts- oder Kalenderjahre 1919 erfolgt — 5000 Mark nicht übersteigt.

II. Einkommensteuerpflichtige, deren steuerbares Einkommen 10 000 Mark nicht übersteigt, die steuerfreien Einkommensteile von 700 Mark für jede zweite und weitere Person, welche das 16. Lebensjahr nicht vollendet hat (§ 20 Abs. II und IV des Einkommensteuergesetzes und § 30 Abs. 1 Satz 2 des Landessteuergesetzes).

§ 3 Steuerpflichtige, bei deren Veranlagung ein reichssteuerfreier Einkommensteil von nicht mehr als 1500 Mark (§ 20. Abs. I des Einkommensteuergesetzes) bzw. von 500 Mark im Sinne des § 20 Abs. VI des Einkommensteuergesetzes berücksichtigt wird (sogen. Eingesteuernde — Ledige usw. —), unterliegen der Gemeindeeinkommensteuer mit dem ganzen reichssteuerfreien Einkommensteile. Die übrigen Pflichtigen werden nur mit der Hälfte ihrer nach § 20 Abs. I, II, III, V und VI des Einkommensteuergesetzes reichssteuerfreien Einkommensteile von 1500 Mark bzw. 500 Mark der Gemeindeeinkommensteuer unterworfen.

§ 4 Die nach § 3 der Gemeindeeinkommensteuer unterliegenden Einkommensteile werden zu dem höchsten Prozentsatz veranlagt, mit dem der Pflichtige zur Reichseinkommensteuer herangezogen worden ist (§ 21 des Einkommensteuergesetzes). Reichseinkommensteuerfreie Personen werden von den nach § 8 gemeindesteuerpflichtigen Einkommensteilen mit 10 vom Hundert veranlagt. Bei Erlaß der Reichseinkommensteuer gemäß § 26 des Einkommensteuergesetzes wird auch die Gemeindeeinkommensteuer erlassen.

§ 5. Die Gemeinde-Einkommensteuer wird mit der Reichssteuer fällig.

Die Presse stellt hierauf mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit ihre Tätigkeit ein.

Halle und Umgebung

Halle, 20. Dezember.

Dr. Schreiber Spitzenkandidat der Demokraten

Auf dem Parteitag der Demokraten des Bezirks Merseburg, der am Sonnabend und Sonntag in Halle stattfand, wurde folgende Kandidatenreihe für die kommende Landtagswahl in Preußen aufgestellt: 1. Dr. Schreiber-Halle, 2. Pfarrer Gerlach-Wittenberg, 3. Schuhmachermstr. Rühlemann-Bauchländt, 4. Gutsverwalter Höfler-Zeitz, 5. Gewerkvereinssekretär Keppler-Bitterfeld, 6. Frau Nägler, 7. Landwirt Löber, 8. Handelsgehilfe Leidenfrost-Halle, 9. Bürgermeister Kautz-Gerzberg, 10. Seminarlehrer Dr. Schulze-Delitzsch, 11 Oberingenieur Minner-Halle.

Am Sonnabend sprach an Stelle des durch Erkrankung verhinderten Reichswehrministers Geßler Reichsminister Dr. Koch in der öffentlichen Versammlung im Thaliasaal. Das „Volksblatt" beliebt dazu zu bemerken: „Der Saal war kaum halb besetzt, ein Beweis dafür, daß die Demokraten völlig abgewirtschaftet haben. Nicht einmal mehr die größten Kanonen fringen ihnen eine volle Versammlung". Am Sonntag sprach dann auch der Spitzenkandidat Dr. Schreiber, der zum Schluß seiner Rede den Satz prägte: „Wir müssen den nationalen Gedanken viel stärker betonen!" Die „Saale-Zeitung" gab kleinlaut zu, „daß die Tage vor dem Weihnachtsfest für die Beträgung politischer Parteien nicht gerade die günstigsten seien." — Das ist vielsagend und bedeutet für den Eingeweihten genug.

— Der „Goldene Ring" verkauft. Die Dresdener Bank hat für annähernd 1¾ Millionen Mark das bislang als Stadternährungsamt benutzte Hotel „Goldener Ring" am Markt angekauft, um dort eine Niederlassung zu gründen.

— Völkische Jungschar. Zusammenkunft heute abend ½8 Uhr, Magdeburger Straße 47 (Dr. Blümel).

Volkswirtschaft

Börsenstimmungsbild. Berlin, 20. Dezember. In dem seitherigen Zustand der Geschäftsstille und Zurückhaltung vor der längeren Feiertagspause ist an der Börse auch heute eine nennenswerte Veränderung nicht eingetreten. Die Grundstimmung ist jedoch im allgemeinen als etwas fester zu bezeichnen, wozu einesteils beigetragen hat, daß der bisherige Verlauf in Brüssel Hoffnungen auf ein nicht ungünstiges Ergebnis erweckt hat, und anderenteils in einigen Werten, besonders am Valutamarkt, sich etwas mehr Unternehmungslust zeigt. Auf allen Märkten ergaben sich daher vereinzelt bis zu 10 Prozent betragende Kursbesserungen. Außer der lebhafteren Geschäftstätigkeit am Elektrizitätsmarkt wo besonders A. E. G., Elektrizitätsunternehmungen und Siemens u. Halske die führende Rolle spielen, wurden namentlich Theodor Goldschmidt und Augsburg-Nürnberger Maschinen bei Steigerungen bis zu 25 Prozent lebhaft umgesetzt. Am Montanmarkt erzielten Harpener, Mannesmann und Thale über 10 Prozent hinausgehende Kursaufschläge auf den bisherigen Mit Einfluß der Rentenpapiere waren die Kursveränderungen nicht erheblich. Die Besserungen machte im Verlaufe weitere kleinere Fortschritte, so daß verschiedentlich anfänglich leichtere Kursrückgänge, wie am Schiffahrtsmarkt, wieder ausgeglichen werden konnten.

Berliner Produktenmarktpreise.
Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	20. Dezember	18. Dezember
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	220—240	220—240
„ kleine	180—190	180—190
Futtererbsen	155—165	160—165
Linsen	—	—
Peluschken	148—155	148—152
Ackerbohnen	158—165	158—165
Wicken	140—150	140—152
Lupinen, blaue	65—70	65—72
„ gelbe	80—90	85—95
Seradella, alte	70—95	85—95
„ neue	70—95	85—95
Viela villosa	—	—
Knaus	350-	250
Rübsen	5—10	5—10 n. R.
Leinsaat	300—310	300—310
Mohn	580—640	580—640
Senfsaat	170—190	200—210
Hirse, in- u. ausländische	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	68—73	70—78
Torfmelasse	63—65	63—65
Häckselmelasse	—	—
Hafenschnitzel-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	34—36	36—38
Kleeheu	—	—
Stroh, drahtgepreßt	24—25	24—25
„ gebündelt	22—23	23½—24
Roggen-Langstroh	—	24½—25
Runkelrüben	8—8½	8—8½
Möhren, rote	17—17½	17—17½
„ gelbe und weiße	15—15½	15—15½
Mais, loko ab Hamburg	—	—
„ per Dezember	172—173	—(—173

Letzte Devisenkurse. Berlin, 20. Dezember.

	Geld	Brief
Italien	292.20	292.80
Paris	4 3.55	434.45
Schweiz	1120.35	1123.15
Spanien	949.—	951.—
Wien (altes)	—.—	—.—

Leipziger Notierungen. Leipzig, den 20. Dezember.

Chemnitzer Bank-verein	201,—	Leipziger Malzfabrik	150,—
Leipziger Hypotheken-Bank	159,50	Mansfelder Kupfer	4500,—
Mitteldeutsche Privatbank	203,—	Oelsnitzer Kupfer	—,—
Crölwitzer Papierf.	375,—	Pittler, Leipzig	422,—
Glauzicer Zuckerfbr.	1060,—	Prehlitzer Stamm-A	—,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	154,75	„ Prioritäts-Akt.	2000,—
Hallesche Zuckerraff.	320,—	Riebeckbier	234,—
Portland-Zement	170,—	do. Vorzugsaktien	120,—
Hugo Schneider, Paunsdorf	334,—	Rositzer Zuckerfabr.	575,—
Körbisdorfer Zuker.	—,—	Rudelsburger Zementfabrik	—,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	530,—	Sachsenwerk	434,—
		Sondermann & Stier	256,—
		Stöhr & Co.	426,—
		Zimmermann, Halle	175,50
		Zimmerm. un. Klemitz	238,—

Berliner Metallnotierungen:
Berlin, 20. Dezember. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 18—19%	157—1625	Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtwaren)	3300—3400
Orig.-Hütten-Weichblei	500—570	Zinn (Banca-Straits-Billton)	5700—5750
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	630/675	Hüttenzinnmind. 90%	5750—5500
Remelted-Platten-Zink	0—450	Reinnickel (98—99%)	4400—4600
Orig.-Hütten-Alumin. 98—99% in gekerbten Blöcken	3150—3250	Antimon (Regulus)	850—900
		Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	1225 1232
		Elektrolytkupfer	2205

Hauptschriftleiter Hermann Blächer.
Verantwortlich für Politik: Hermann Blächer; für politische Rundschau u. Weltwirtschaft: Dr. Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Hertling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellbrich. Für den Anzeigenteil: Paul Kerber, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Buchdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192012211-13/fragment/page=0003

Kurs der Berliner Börse vom 20. Dezember.

(Bis 2 Uhr feststellbare Kurse und vollständige Vortagskurse.)

Bankdiskont:

Reichsb. Disk. 5%, Lombardzinsfuß, Italien 5½%, Belgien 5%, Christiania 7%, Kopenh. 7%, Helsingfors 8%, Italien 5%, London 7%, Neuyork 7%, Paris 6%, Schweiz 4%, Spanien 5%, Wien 4½%, Dt. Oest. Abg. 5%, Rumän. 7%.

Devisenkurse.

	neuerer Kurs geld	neuerer Kurs brief	voriger Kurs geld	voriger Kurs brief
Holland	2282.70	2287.30	2257.70	2272.30
Belgien			460.50	461.50
Norwegen	1087.90	1090.10	1068.90	1071.10
Dänemark	1111.35	1113.65	1091.90	1094.10
Schweden	1448.55	1451.45	1423.55	1426.45
Finnland	175.60	176.00	174.80	175.20
Italien			254.70	255.30
England	257.70	258.30	254.70	254.80
Japan	73.67	73.83	72.42	72.58
Frankreich			438.05	439.95
Schweiz			1101.35	1103.65
Spanien			944.05	945.95
Prag				
Wien				
Budapest	17.75	17.77	15.95	16.02
Türkei	82.40	82.60	82.90	83.10
Athen	12.78	12.82	13.68	13.72

Deutsche Anleihen

		neut. Kurs	voriger Kurs
Reichsanl. 14	b		
do. 15 Inh. 1922	b	98.70	98.50 b
do. 16 Inh. 22	b	80.60	80.60 b
do. Abfin. Anl.	4%	72.10	72.10 b
do. Inh. 24	4%	90.75	90.75 b
Reichsschatzanl. 24	5	77.50	77.50 b
do.	4	66.60	66.75 b
do.	3%	59.25	59.20 b
do. 27	3	66.80	66.70 b
Schutzgebietsanleihe	4	75.00	74.25 b
Sparprämien-Anleihe	12	89.50	89.10 G
Pr. St.-Anl. 21	5	99.60	99.00 G
do. 1. 2. 22	5	97.70	97.50 G
do. 1. 11. 22	5	97.70	97.70 b
do. ausl. 1914	4	80.60	80.20 G
Preuß. Konsols	4	62.50	62.75 b
do. do. Stafl. A.	3½	57.00	57.10 b
do. do.	3½	53.90	54.00 G
do. do.	3	51.25	51.80 b
Bad. Staats. 01	4	74.50	75.90 b
Bay. St.-Anl.	4	81.75	81.75 G
do.	3%	65.00	65.10 b
Brem 19 ok. 30	4%	98.75	98.75 b
do. 09. 09. 11	4	90.30	90.30 b
Hamburg St.-R.	3%		62.25 G
do. a. St. A. v. 21	4%		95.70 G
Sächs. St.-Anl. 19	4	69.00	70.00 G
do. Staats-Rente	3	56.50	56.50 G

Stadtanleihen

		neut. Kurs	voriger Kurs
Altona	4		77.25 G
Berlin 04	4	89.75	89.75 b
do. 15	4	89.70	89.75 b
do. 82	3½	88.50	88.50 b
Bromberg	4	38.00	38.00 G
Cassel			84.50 b
Charlottenburg 99	4		91.00 G
do. 08	4		——
Cöln 08	4		——
do. 12	4		——
do. 19	4		——
Danzig	4		107.25 G
Dortmund	4		91.30 G
Dresden	4	88.25	89.40 b
Düsseldorf	4	86.25	86.50 G
Frankfurt a. M.	4	105.75	106.50 b
do.	3%	87.00	86.75 G
Hannover	4		——
Königsberg	4	85.00	84.50 G
Magdeburg 06	4		——
München	4		98.60 G
Nürnberg	4	94.80	94.75 G
Posen	4		——
Schöneberg	4	90.75	91.80 b
Stettin	4		77.75 b
Stuttgart	4		98.60 b
Wilmersdorf	4		77.00 B

Preuß. Pfandbriefe

		neut. Kurs	voriger Kurs
Berliner Handelsges.	4	93.80	93.90 G
do. neue	3½	81.80	81.60 b
do. neue	3	81.25	78.50 G
Brandbr. Pfandbr.	4	96.75	96.75 G
Bor.-u. Westm.	3½		——
do. Comm.	4	97.50	98.00 b
Disch. Centr.	4	100.25	100.50 G
Hypoth.	4	91.00	90.75 G
Pommersche	4	101.00	100.90 b
Sächsische neue	4	101.00	101.75 G
Schlesische	4	98.50	98.10 G
Schleswig-Holst.	4	102.00	——
Westfälische	4	105.50	105.00 G
Westpr. neuld.	4	69.90	68.10 G

Pfandbriefe

		neut. Kurs	voriger Kurs
Bad. Gire	4%	100.50	100.70 b
Centr. Gire	4	95.25	95.50 b
Gr. Stadt	4	95.75	95.75 b
Pomm Gire	4	96.70	96.70 b

Landschaftliche Pfandbriefe

		neut. Kurs	voriger Kurs
Ostpr. neue	4	93.80	93.90 G
Pommern neue	4	93.80	93.90 G
Posen neue	4	93.80	93.90 G
Schlesien neue	4	93.80	93.90 G
Westpreußen neue	4	93.80	93.90 G
Ostpr. Ritterschaftl.	3½	81.80	81.80 G
Pommern	3½	81.80	81.80 G
Posen	3½	81.80	81.80 G
Schlesien	3½	81.80	81.80 G
Westpreußen	3½	81.80	81.80 G

Industrie-Obligationen

		neut. Kurs	voriger Kurs
A. T. G. 9.	4%	103.00	103.50 G
do. 6-13	4%	103.00	103.50 G
do. 1-5	4%	98.75	99.00 G
Bergmann	4%	100.50	101.00 G
Berl. El. Werke	4	88.00	88.40 B
do.	4%	97.00	97.50 G
D. Oberseeer	5		——
Elektr. Anlagen	4%		——
do. Lieferung	5	103.75	103.90
do. Licht u. Kr.	5	100.00	100.00 G
do. Gas	4%	98.50	99.25 G
Ges. f. elektr. U.	4	93.50	96.00 G
do.	4%	97.00	98.00 G
L. Loewe	4%	100.00	99.00 G
Neue Boden	4		69.00 G
Siem. & Halske	4%		91.00 G
do.	4	91.25	92.00 G
Siem. & Schuck.	4%	100.00	99.50 b
do.	4		96.75 G

Schiffahrts-Aktien.

		neut. Kurs	voriger Kurs
Argo	0	30	——
D. Austrat.	—	293.00	292.00 G
Hamburg-Am. P.	—	171.00	181.00 G
Hansa Dampf.	—	36.00	40.00 G
Hamb. Südam.	—	36.00	40.00 G
Hansa	—	311.00	309.00 G
Kosmos	35	60	60.00
Nordd. Lloyd	—	196.00	184.50 b
Schles. Dampf	7½	362.50	368.00
Ver. Frbr.	0	324.00	334.00 G

Bank-Aktien.

		neut. Kurs	voriger Kurs
Badische Bank	7	6%	——
Ber. Brau-Hdl.	6	150.00	145.25 b
Bank für Thür.	8	198.00	——
do. neue		191.00	——
Bayer. B. V.	7%	170.00	165.50 G
do. Kredit.	9	161.50	161.00
Bayer. Hand	7		——
Berl. Handels	6	231.00	229.00
do. Hyp. Bank	6%	175.50	174.75 b
Braun. Bank I. D.		661.00	695.00 G
Braunschw. Bk.	6%	177.50	180.00
Brem. Bank	8%	167.50	169.00 G
Centr. f. Gesch.	0		——
Chemn. B. V.	9	201.00	200.00 G
Coln. Bkv.	5		——
Comm. u. Privatb.	7	210.50	211.50 b
Danz. Privatbk.	7%	192.50	193.00 G
Darm. Bank	7	154.00	154.00
Dess. Landesbk.	7%	158.00	160.00
D.-Asiat. Bank	—	450.00	455.00 G
D. Anstalte	—	153.00	153.00 G
D. Eisenb.-Bank	12	324.00	323.50 G
do. Effect. Gk.	6		——
do. Hyp. Bank	7%	143.75	——
Dresdner Bank	7	200.00	200.00 G
do. Boens. Bk.	6	863.00	850.00 G
Diskonto Ges.	9	242.50	242.75 b
Dresdner Bank	7	210.50	217.00 G
Ess. Kred. A.	9	195.00	191.00 G
Gothaer Grdkd.	9	173.50	174.50 b
do. Privatbank	6%	170.00	170.00 G
Hamburg. H. B.	10	190.50	192.87
Hannover. Bank	8	214.50	214.75
Hildesh. Bank	9	210.00	——
Leipziger Kredit	6%	187.50	181.00 G
Landesbank	6		——
Lübb. Kommb.	6	181.75	181.00 G
Lübb. Komm.	6	172.00	——
Luxemburg. Bank	15	300.00	295.50 b
Meckbgr. Bank	9		——
Meinigr. Hyp.	7		153.75 G
Mitteld. Bodencr.	4	0	97.00
do. Credit	4	0	180.50
do. Pfandbr.	4	0	202.50
Nation. Bk. f. D.	5	7	200.00
Nordd. Grdkd.	6	6	123.25
Oest. Sp. u. L.	10	10	——
Osnabrück Bank	6	8	180.00
Oppenh. Hdl.	7	7	131.00
Pfälz. Hyp.	6	6	73.50
do. Hyp. Bank	6	6	76.00
Preuß. Bodencr.	7		——
Pfälz. Bank	6	6	152.87
do. Hyp. Bank	7	7	141.00
Preuß. Boden	7	8	173.00
do. Hyp. A. Bk.	7	7	128.00
do. Pfandb. Bk.	7%	7%	141.50
Reichs. Bank A.	9	9	149.12
R. ein. Hypoth.	9	9	——
Rheinische Bank	7	7	163.00
Rh. Westf. Bod.	6	6	136.50
Rus. Orient Bank	4	4	136.00
Sächsische Bk.	6	6	295.00
Schl. B. C. B.	7	7%	129.00
Schwarzb. A. H.	7%	7%	168.00
Sudd. Disk. Gk.	6	6	——
Ver. Hamburg	9		——
Westf. Bod.	6%	6	130.50
Wiener B. V.	5	8%	53.00
do. Inländbank	5	9	44.50
Wür. Vereinsbk.	7	7	168.00

Brauereien.

		neut. Kurs	voriger Kurs
Berl. Kindlbr.	0	12	——
do. St. Pr.	14	—	380.00
Bohm. Brauh.	9	—	349.00
Brem. Rickm.	0	—	249.75
Dt. Gloria-Br.	7	—	194.50
Engelhardt	15	—	383.00
Fried. Schultheiß	0	—	161.00
Germania	19	20	——
Königstadt	0	—	100.00
Leipziger Weißb.	10	—	——
Löwenbrauerei	8	—	——
Patzenhofer	9	12	285.00
Schaller Bier	0	—	——
Schultheiß	14	—	325.00

Industrie-Papiere.

		neut. Kurs	voriger Kurs
Aachen Spinn.	15	32	552.00 G
Accumul. Fab.	20	17	420.00
Adler Portl.	0	12	249.75
Adl. & Supp. L.	—	—	770.00
Adlerhütt. Gl.	18	20	585.00
A. D. Hirsch	0	0	314.50
A.-G. f. Anilin	12	18	430.00
A. f. Bauwesen	10	15	——
A. f. Chem.	12	12	294.00
do. f. Papierbed.	0	12	290.00
do. f. Verkehr	10	20	——
Alexanderwerk	8	12	238.00
Altelb.-Gummi	0	23	550.00
Allg. Berl. Omn.	0	0	190.00
Allg. Bod.-A.	0	0	——
Allg. Elekt.-G.	0	0	310.25
Allg. Häusertr.	0	0	100.00
Alsen-Portl.-C.	0	0	416.00
Alum. Ind.	—	18	——
Amme, Dies.	0	15	285.00
Ammens. Pp.	0	50	——
Anglo Contin.	6	6	384.00
Anhalt. Kohle	0	0	364.00
do. Vrz.-A.	6	6	118.75
Anker-Werke	15	15	——
Annaütte	0	0	322.50
Annaer Gummi	5	20	——
Apenbecker	6	0	370.00
Arcadia Film	0	0	367.00
Aranbergr Bgb.	0	15	910.00
Arnsdorf. Pa.	0	0	——
Aschaffenbg. P.	25	25	——
Augsb.-Nürnb.	0	12	——
Baehm. & Lb.	25	18	535.00
Bad. Anilin	12	12	530.50
Baer & Stein	0	0	757.00
Baltzer, Ma.	16	20	580.00
Bamberger	0	0	165.00
Bat. T. Bgb. u.	0	0	67.50
Banning, M.	0	0	369.00
Barmper Naltz.	8	—	598.00
Bartz & Co.	12	12	466.00
Basalt A.-G.	8	12	429.00
Baug. Gri.-A.	0	0	——
Bau Weiß. L.	0	0	110.00
Bauer, Gebrüd.	10	10	——
Bauer, Gebrüd.	10	10	575.00
do. Hartstein	4	0	——
Bazar Gesch.	0	0	540.00
Bechstein Vrzk.	0	0	525.00
C. P. Bemberg	20	20	512.00
Bendix, Holz	0	0	198.50
Berg. Stahlw.	0	0	428.00
Berl. Burger Lief.	20	20	460.00
Bergmann, Elektr.	12	12	267.75
Berl.-Anh. B.	12	12	310.00
do. Cementbau	0	0	——
do. Dachpappenf.	0	0	85.00
do. Gummiwerk	8	0	——
do. Holzkontor	0	0	344.50
do. Kabelwerke	0	0	201.00
do. Mörtelwerke	0	0	98.50
do. Nähmaschin.	18	18	769.00
do. Spiritusgas	0	0	320.00
do. Stadtbahn	0	0	255.00
do. Steingut	0	0	——
do. Tonwerke	0	0	526.00
do. Verl.-A.	7	21	368.00
do. Speed.-Verl.	0	0	——
do. do. Vrz.-A.	7	21	373.00
Berth. Messg.	8	12	303.00
Berger, Jul.	0	0	430.00
Beton- u. Monb.	15	15	392.00
Bing Nürnb. M.	18	18	273.00
Birkenwerder Pa.	0	0	——
Bismarckh.	0	5	645.00
J. Blumenfeld	10	12	——
Blumen & S.	0	0	——
Boch. Gußstahl	8	15	500.00
Bod. Hb. Bch.	—	0	61.00
Boed. Heim.	0	0	325.00
Bo Behrend Co.	12	12	——
Borsigwalder Bergw.	—	—	103.00
Böss. Walze	6	20	409.00
Brandenb. a. H.	15	15	330.00
Brasche, Reh.	15	15	525.00
Braunschweigg.	12	10	368.00
Brem. Gas	0	0	——
Brem. Allg. Ges.	0	0	——
do. Linoleum	0	0	——
do. Vulkan	12	15	——
do. Wollkämm.	15	12	425.00
Breslau. Sprit.	7	—	926.00
Brown Boveri	9	8	——
Brunnen & Gan	10	10	——
Brauer Kohl.	—	—	——
Buderusf. Eisenw.	7%	7%	660.00
T. Busch, geb.	10%	0	502.00
Busch Lüdenscheid	20	20	——
Busch Wgl.	25	25	555.00
Butzke & Co., M.	10	10	276.25
Byk, Guldenw.	10	10	348.50
Bayerische Wolle	10	25	491.00
Carol. Braun	20	20	287.50
Carl. Lissmann	12	12	462.50
Chem. Fabr.	0	0	——
Chemische Werke	0	0	176.00
Chariottenb.	0	0	——
Ch. F. Boehler	0	0	480.00
Ch. St.-Pr.	0	0	——
Ch. Grünau Lin.	0	0	——
Ch. v. Heyden	0	16	564.50
Ch. Milch	—	—	370.00
Ch. Weiler	0	12	367.50
Chemnitzer Bkv.	0	0	568.00
Chr. Nh. Alber	20	30	——
Chemn. Wk. A.	0	30	——
Cont. Gerch.	0	0	409.00
do. chem.	8	15	734.00
do. Spinn.	12	16	390.00
Cont. Schalke	22	12	711.00
Colto, Masch.	0	0	249.00
Crollwitzer P.	10	15	——
Daimler Mot.	6	5	262.50
Delmenh. Lin.	0	6	343.00
Deutsche Gas	10	0	227.50
Disch. Atl.	—	—	250.50
do. Luxr. Bergw.	—	—	364.75
do. Niet. Tel.	6	—	258.00
do. Erdöl	0	0	235.00
do. Jute-Spinn	0	0	950.00
do. Kabelwerk	0	10	——
do. Kolonialw.	0	0	——
do. K. nickel	0	10	——
do. Schnellpr.	0	20	——
do. Spiegelgl.	0	0	——
do. Steinzeug	0	0	——
do. Ton- u. Stzg.	11	14	——
do. W. u. M.	0	0	——
do. Wasserw.	3	6	——
do. Wollwaren	15	10	——
do. Firnstedt	0	15	——
Dinnendahl	10	10	——
Dittm. N. u. G.	12	12	——
Dommitzsch Tel.	5	21	——
Donnersmarck	12	12	——
Döring K. Farben	5	6	——
do. Verz.-Akt.	6	6	——
Dresd. Bergb.	0	0	——
do. Gardinen	16	20	——
Dürr, Metallw.	15	15	——
Dürrkopwerke	25	25	——
Dubiel, Werner	10	10	——
Duss. Eis. Dr.	5	5%	——
do. Eisenbahn	12	12	——
do. Draht	0	0	——
do. Masch.-B.	8	15	——
Dux Kohlenw.	10	10	——
Dyn. A. Nobel	15	16	——
Eckert Mach.	10	10	——
Egest. Salzw.	12	12	——
Eifeler Masch.	5	20	——
Elektr. Kohlenw.	22	22	——
Eisenerz Akt.-G.	0	0	——
Eisen. Verkehr	13	15	——
Eisenw. Nah.	0	0	——
Eisenb. Stissen	14	14	——
Eisen. Kraft	0	0	——
do. Meyer, Co.	6	6	——
Elberfeld. Farb.	12	8	——
Electra Dresd.	0	0	——
Elekt. Anlag.	0	0	——
do. Liet.-Gesellsch.	12	12	——
do. Lieferg.	0	0	——
Elektr. Licht Kr.	0	0	——
do. Unt. Zürich	0	0	——
J. Einbach & Co.	17	17	——
Emdener Gas	0	0	——
Erdmsd. Spinn.	10	10	——
Erlang. Baum.	15	15	——
Essener Bergw.	12	12	——
Essen. Steink.	14	12	——
Excels. Fahrr.	15	15	——
Faber, Bleist.	15	20	——
Facon Manns.	0	0	——
do. Vorz.-Akt.	—	—	——
Fahlberg List	15	30	——
Felten-Jute Spin.	15	15	——
Feldm. Papier	20	25	——
Felten & Guill.	12	12	——
Fil. u. Brust.	5	6	——
Finkbg. Portl.	0	6	——
Fischer, Carl	0	0	——
Flöth, Masch.	18	18	——
Frankf. Chaus.	0	0	——
Frankonia	0	0	——
Franz. Gas. Zwck.	24	24	——
Freund Masch.	0	0	——
Friedrh Kali	15	15	——
Friedr. Wilh.	0	0	——
Fritzl. Licht Kr.	0	0	——
R. Fritzer & G.	15	10	——
Frenk. Zucker	17	22	——
Gaggenau,			——
asm. Deutz	—	—	——
Gebhard & Co.	38	25	——
Gebr. & Köhler	0	0	——
Gelsw. Linen	0	25	——
Gelsenk. Bergw.	6	6	——
do. ausl. Bes.	10	10	——
Genscht. & Co.	14	14	——
Georg Marien	6	6	——
Gerh. Rom. Hen	18	18	——
Germ. Portl.	8	12	——
Gerresh. Glas	14	14	——
Ges. f. el. Bett.	0	0	——
Gesaut. Portl.	17	17	——
Giedemeister	22	22	——
Ges. Germes & Co.	21	21	——
Gesellsch. Schwarz	12	12	——
do. Wollt.-ust.	2	30	——
Gladbacher	0	0	——
Gl. Hütte Sanalka	18	18	——
Glanz, Zucker	0	0	——
Gr. Goechart	0	0	——
Gr. Gelenschr.	12	12	——
Gr. ausl. Bes.	10	10	——
Gr. Berlin	0	0	——
Gr. Feuerf.	0	0	——
Gr. Gerbr. Mann	0	0	——
Gr. Kraftw.	0	0	——
Gr. Lichterf.	0	0	——
Gr. Lichtenf.	0	0	——
Gr. Lichtenb.	0	0	——
Gr. Lichtf.	0	0	——
Gr. Lichtenst.	0	0	——
Gr. Lichtf. Bd.	0	0	——
Gr. Cement	0	0	——
Gr. Lichtenb. Stef.	0	0	——
Lodenscht. Mt.	0	0	——
Lunon. Wachs	10	0	——
G. Luther M.	0	0	——
Gummiw. Gas	6	7	——
Gr. Berg.-G.	30	25	——
Gr. St.-Pr.	0	0	——
Gr. Mühlen	0	0	——
Gr. Papierfabr.	18	14	——
Maimedie & Co.	0	0	——
Mannesm.-R.	0	0	——
Marx, ex. A.	0	0	——
Mm. in Kotz	10	17	——
„Mark" P. G.	7	8	——
Mark. W. Bg.	0	0	——
Markt- u. Kühlh.	7	8	——
Masch. Baum.	17	—	——
Ges. Breuer	0	0	——
Ges. Ind.-Akt.	12	12	——
Ges. Buckau	0	0	——
Ges. Kappel	0	0	——
M. Web. Lind.	0	0	——
Sorau	0	0	——
Zittau	0	0	——
F. Meyer & Co.	0	0	——
Venthouser L.	0	0	——
H. Mannecke	0	0	——
Mainz. Weltw.	0	0	——
Dr. F. Meyer	0	0	——
Milow, Eisen	0	0	——
Min. & General	0	0	——
Min. Stahlw.	0	0	——
Mitteldeutsch	0	0	——
Mülln. Bergw.	0	0	——
Müller Guttm.	0	0	——
Mülh. Bergw.	0	0	——
Mülh. Bergw.	0	0	——
Mülh. Kupfer	0	0	——
Nähmaschinenf.	0	0	——
Nähmaschinen	0	0	——
Neue Gas	0	0	——
Neu-Westerld.	0	0	——
Nieder. Kohl.	0	0	——
Niederschl. El.	0	0	——
Nordfarb.	0	0	——
Nordd. Gummi	0	0	——
do. Seekabel	0	0	——
do. Gummi	0	0	——
do. Lederfabr.	0	0	——
do. Lederpapp.	0	0	——
do. Spinnerei	0	0	——
do. Wollkämm.	0	0	——
Nordstern L.	0	0	——
Norg. Herk.-W.	16	16	——
Oberschl. A.-G.	0	0	——
Ges. Eisen-Ind.	14	14	——
Ges. Kabelwerk	0	0	——
Ges. Harte	0	0	——
Oeking, Stahl	0	0	——
Oest. Kabelw.	0	0	——
L. F. Ohlen L.	0	0	——
Opp.-Fraud	0	0	——
Orenst. & Arn.	0	0	——
Orenst. & Arn.	0	0	——
Osnabr. Kupf.	0	0	——
Ottens, Eisw.	0	0	——
Pa. Papierfabr.	0	0	——
Passage-A.-G.	0	0	——
Peipers & Co.	0	0	——
Pfersee-Spinn.	8	17	——
Phönix Bergb.	0	0	——
Pl. Pinsch	0	0	——
Plauen. Gard.	0	0	——
Ges. f. Pulv.	0	0	——
Ges. f. Tuttl.	0	0	——
H. Pegg. Elektr.	0	0	——
Pegge & Hirth	0	0	——
Porz Union	0	0	——
Preßg. U. G.	0	0	——
Quaglio Pr.	0	0	——
Quedlinbgr. M.	0	0	——
Rauchw. Wtl.	0	0	——
Ravenbg. Sp.	0	0	——
Reichel Mat.	0	0	——
Reichsbolz Pap.	0	0	——
Rheinische Metall	0	0	——
Hütt. Godeth.	0	0	——
Hubert, Bri.	0	0	——
Humb. Masch	0	0	——
Humboldt Mühle	0	0	——
Hutschenr. Porz	0	0	——
Hüttenw. Kayser	0	0	——
Ges. Berzdorf	0	0	——
Industriebahn	0	0	——
Jeser Aspn.	0	0	——
Jo. Vrz.-Akt.	0	0	——
John, Akt.-Ges.	0	0	——
Jülich & Co.	0	0	——
Jülich, Juckerf.	0	0	——
Jahn Porzell.	0	0	——
Kalk-F. Kahle	0	0	——
Kahle, Kaufmann	0	0	——
Kahle Kaufmann	0	0	——
Kalker Masch.	0	0	——
Kammerchor	0	0	——
Kattowitz Bgb.	0	0	——
Kapler Masch.	0	0	——
Kass. Faserst.	0	0	——
Kattowitz Bgb.	0	0	——
Neuja Fasern	0	0	——
Kayl & Thom	0	0	——
Kirchner & Co.	0	0	——
Kleinl. I. Eisb.	0	0	——
Koche Adl.-Ind.	0	0	——
Kochstr. Stärke	0	0	——
Kohl & Schiele	0	0	——
Kol m. & Jourd	0	0	——
Köln-Rottweiler	0	0	——
Köln. G. u. H.	0	0	——
Kölsch Walzg.	0	0	——
Kolm. Wellenw.	0	0	——
do. do. St.-Pr.	0	0	——
Königsberg.	0	0	——
Kön. Wollmann	0	0	——
Königsberg B.	0	0	——
Königsbr. Perz.	0	0	——
Kont. Asph. A.	0	0	——
Kontin. Gas	0	0	——
do. Vrz.-Akt.	0	0	——
Kont. Wasser	0	0	——
Körbisdorf Wagg.	0	0	——
Ges. Körting	0	0	——
Körtlings Elek.	0	0	——
Kester, Jutef.	0	0	——
Kosth. Cellst.	0	0	——
Krefeld. Stahl	0	0	——
W. Kraft	0	0	——
Kronprinz Met.	0	0	——
Gbr. Krüger & Co.	0	0	——
Krusche, Zck.	0	0	——
Kunz, Fabr.	0	0	——
Kupf. Dischl.	0	0	——
Küppersb.	0	0	——
Kyffhäuserh.	0	0	——
Lahmeyer & Co.	0	0	——
Lagerhaus Ges.	0	0	——
Laurahütte	0	0	——
Leipz. Grd.-B.	0	0	——
Leipz. Wollk.	0	0	——
do. Plan. Zimm.	0	0	——
do. Werkzeug.	0	0	——
Leonh. Bmw.	0	0	——
Leopoldsgrube	0	0	——
Leopoldsch. Ch.	0	0	——
Ges. St.-Pr.	0	0	——
Lever. ust. A. K.	0	0	——
Lichtenb. Ter.	0	0	——
Linde's Eism.	0	0	——
Lindener Stahl	0	0	——
G. Lindström	0	0	——
Linger Schuh	0	0	——
Lingener Werke	0	0	——
Lindenbaum	0	0	——
L. Löwe & Co.	0	0	——
H. Lohnert	0	0	——
Lothr. Stahl	0	0	——
Lüb. Hütt. Bw.	0	0	——
do. Cement	0	0	——
Lübecker Masch.	0	0	——
Lüdenscht. M.	0	0	——
Lünen. Wachs	0